



Institut für Wirtschaftsforschung

Monatsbericht

Zunehmender Standortwettbewerb als Herausforderung für die regionale Wirtschaftsstrukturpolitik in Bremen und Bremerhaven

- Skizze einer regionalpolitischen Antwort -

Frank Haller *

Bremen und Bremerhaven stehen in einem harten Wettbewerb. Die Konkurrenz nimmt zu. Hannover, Hamburg, Wilhelmshaven, aber auch andere Standorte im weiteren Bundesgebiet bemühen sich um überregionale Marktanteile.

Wirtschaftsstrukturpolitisch muss nach zusätzlichen Antworten auf die harten Herausforderungen gesucht werden. Das Land Bremen braucht qualitätsorientierte Programmatik, Projektentwicklung und Umsetzung als fortlaufend aktiven Prozess. Viele Einzelprojekte sind in der Realisierung. Nun muss es darum gehen, diese zu einem qualitativ herausragenden Netzwerk zu verdichten, das überregional noch besser vermarktet werden kann. Clusterbildung, Denken in Großprojekten, modernste Organisation möglichst gemeinschaftlich von öffentlicher Hand und Privaten, solche Prinzipien sind das strukturpolitische Gebot des nächsten Jahrzehnts.

1 Analyse

1.1 Standortwettbewerb

An Standorten, die mit Bremen und Bremerhaven konkurrieren, werden bedeutende Investitionspläne entwickelt. Bremen und Bremerhaven müssen damit rechnen, dass die Intensität des Standortwettbewerbs bundesweit, aber auch in Norddeutschland und dessen Oberzentren enorm ansteigt:

- In Hannover ist die Expo zu Ende gegangen, lässt aber eine Groß-Infrastruktur zurück, die Nachfolgenutzungen herausfordert. Das Messegelände ist extrem ausgebaut worden, die Preussag-Arena ist mit ihren Dimensionen ein direkter Konkurrent der Bremer Angebote im Veranstaltungssektor.
- In Hamburg können die Projekte privatwirtschaftliche Veranstaltungs-Arena, Erweiterung des Airbusgeländes für die Produktion des Großraumflugzeuges mit der damit verbundenen Verfüllung des ökologisch wertvollen Mühlenberger Lochs oder die Entwicklung der Hafencity mit der Kernansiedlung eines bedeutenden Technologie-Unternehmens zum Beweis des zunehmenden Großstadt-Wettbewerbs herangezogen werden.

* Prof. Dr. Frank Haller ist geschäftsführender Direktor der BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH.

- In Wilhelmshaven oder Cuxhaven soll ein Tiefwasserhafen für Container-Umschlag gebaut werden. Falls sich die Schiffsgrößen in der vorhergesagten Form entwickeln sollten, ist die Notwendigkeit eines Tiefwasserhafens unabweisbar. Er kann nur außerhalb des Landes Bremen realisiert werden. Damit besteht die – sachlich vielleicht unabwendbare – Gefahr, dass sich maritim orientierte Investitionen auf den Standort konzentrieren, bei dem die größten Zukunftschancen gesehen werden. Vor allem für Bremerhaven, das bisher als der Bremer Hafen gesehen wurde, kann dies zu einer Verminderung der Zukunftschancen führen.

Auf den fortlaufenden Ausbau der Hauptstadtfunktionen Berlins sei hier nur ergänzend hingewiesen. Schon früher hatte Bremen mit der Sonderfunktion Berlins in der Insellage zu kämpfen, als besondere Berlinpräferenzen den Wirtschaftsstandort Bremen nachhaltig geschwächt hatten. Nun wird umgekehrt Berlin immer mehr Funktionen mit Metropolcharakter an sich ziehen. Das wird neben Hamburg und viele andere Oberzentren auch Bremen treffen.

Man kann weitere Konkurrenzsituationen heranziehen, etwa die äußerst attraktive Tourismusinfrastruktur von Dresden. In jedem Fall bleibt festzuhalten, dass die Konkurrenz der Großstädte in Norddeutschland, im gesamten Bundesgebiet, ja europaweit enorm ansteigt. Bremen und Bremerhaven haben nur die Wahl, diesen Standortwettbewerb anzunehmen oder sich von der wirtschaftlichen Entwicklung der Großstädte abzukoppeln. Letzteres kann angesichts der Sanierungsnotwendigkeiten des Bundeslandes Bremen nicht in Frage kommen.

1.2 Ökonomische Grunddaten

Die Notwendigkeit der wirtschaftspolitischen Kraftanstrengungen wird dadurch verstärkt, dass die ökonomischen Grunddaten des Landes Bremen weiter verbessert werden müssen:

- Die Bemühung um überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum muss fortgesetzt werden; Wachstumserfolge sind zwar erzielt worden, müssen aber dauerhaft auf hohem Niveau verstetigt werden.
- Die Arbeitsplatzzahlen müssen stabilisiert werden.
- Die fortlaufend sinkende Einwohnerzahl muss aufgehalten und der Trend umgekehrt werden.

Einerseits ist festzuhalten, dass das Land Bremen die schwere Vulkankrise mit ihren tiefgreifenden Arbeitsmarktauswirkungen beachtenswert bewältigt hat. Andererseits ist der Weg zu einer Wachstumsregion, in der die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitsplätze und die Einwohnerzahlen nachhaltig in die gleiche positive Richtung führen, noch weit.

Hinsichtlich der Finanzlage kommt hinzu, dass ein grundlegend neues, die Stadtstaaten und Bremen besonders berücksichtigendes System der Finanzverteilung noch nicht in Sicht ist. Die absehbar erkennbaren Verabredungen zum Finanzausgleich werden für Bremen bestenfalls den Status quo erhalten. Die strukturellen Haushaltsdefizite des Landes Bremen können nur über eine stadtstaatengerechte Finanzreform ausgeglichen werden. Hinzu kommt, dass durch die Politik des Ausbaus des öffentlichen Sektors mit den damit verbundenen konsumtiven und Personalausgaben in den 70er und 80er Jahren eine akkumulierte Investitionslücke von rd. 8 Mrd. DM entstanden ist, die schrittweise geschlossen werden muss.

1.3 Sanierungskriterien

Wettbewerbssituation und ökonomische Grunddaten für Bremen/Bremerhaven machen es erforderlich, die Sanierung des Landes über Investitionen mit Nachdruck fortzusetzen. Insbesondere muss die Qualitätssteigerung der Projekte im Mittelpunkt der strukturellen Anstrengungen stehen. Es ist wie in jedem Privatunternehmen, das saniert werden muss: Nur mit qualitativ hochwertigen Produkten bei kostengünstiger Produktion kann der überregionale Markt erreicht und überzeugt werden. Dabei gelten mehr denn je die Prinzipien der investiven Sanierung¹:

- Die aus der Vergangenheit akkumulierte Investitionslücke muss quantitativ und mit zukunftsorientierten Wirtschaftsstrukturprojekten geschlossen werden.
- Sanierungsinvestitionen sind nur dann zieladäquat, wenn sie die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes Bremen nachhaltig stärken.
- Dafür können die öffentlichen Investitionen zwar einen notwendigen Sanierungsbeitrag leisten, hinreichend sind sie aber nur, wenn Investitionen von Privaten folgen.
- Angesichts der hohen Wettbewerbsintensität der Standorte müssen überregional orientierte Pro-

¹ Vergleiche dazu im Einzelnen BAW-Monatsbericht 8/2000: Sanierungsinvestitionen – Ein methodischer Klärungsversuch.

jekte realisiert werden. Marktanteile in diesem Bereich sind allein dann erzielbar, wenn die bremsischen Produkte exportfähig sind. Die Aufmerksamkeit der überregionalen Kundschaft ist zu wecken, wenn Projekte ausreichend dimensioniert sind. Nur mit Großprojekten kann also eine verstärkte Teilnahme an der überregionalen Arbeitsteilung, die allein eine Region wirtschaftlich nachhaltig nach vorne bringen kann, erreicht werden.

1.4 Finanzielle Rahmenbedingungen

Durch die Rahmenbedingungen der Sanierung ergeben sich Voraussetzungen zur Finanzierung und Realisierung der Wirtschaftsstrukturpolitik, wie sie in früheren Jahren nicht anzutreffen waren:

- Mit dem WAP 2010 ist eine konkrete 10-Jahres-Perspektive gegeben, die ein Finanzierungsvolumen von 8,6 Mrd. DM umfasst.²
- Mit dem Kapitaldienstfinanzierungsgesetz ist ein wesentlicher Schritt erfolgt, aus der herkömmlichen Investitionsfinanzierung der Kameralistik in eine unternehmensbezogene Investitionsfinanzierung umzusteigen. Eine Finanzierung über die Lebensdauer einer Investition mit dem entsprechenden Zinsaufwand ist allerdings nur gerechtfertigt, wenn die fiskalische Rendite der Investitionen gegeben ist. Dies muss für jeden Einzelfall nachgewiesen werden.
- Darüber hinaus hat das Land Bremen mit der Bremer Aufbaubank (BAB) seinen strukturpolitischen Instrumentenkasten ergänzt, was gerade in einer hochgradig intensivierten Wettbewerbsposition von besonderer Bedeutung ist, zumal andere Bundesländer über solche Finanzierungsinstrumente schon seit langem verfügen.

2 Wirtschaftsstrukturpolitische Antworten auf die zunehmenden Herausforderungen des Standortwettbewerbs

Bremen, auch Bremerhaven haben in den letzten Jahren Fortschritte mit ihren wirtschaftsstrukturpolitischen Programmen erreicht:

- Die Industriestruktur ist auf eine breite Basis gestellt worden. Die Monostruktur im industriellen Bereich ist deutlich aufgelockert worden, stärker in Bremen-Stadt als in Bremerhaven.

- Öffentliche Infrastrukturprojekte haben hohe private Folgeinvestitionen (Technologiepark, Airport-City) zur Folge.
- Die Arbeitsteilung zwischen Bremen und Bremerhaven (maritimer Schwerpunkt in Bremerhaven, „Hauptstadt“-Leitbild für Nordwestdeutschland in Bremen-Stadt) ist weiterentwickelt worden.
- Die mittelständische Wirtschaft ist stärker ausgeprägt. Der Tourismusbereich wächst, Nachholbedarf gibt es allerdings im privaten Dienstleistungssektor auch weiterhin.

Nun geht es darum, den investiven Sanierungskurs weiterzuführen und auf den intensivierten Standortwettbewerb eine Antwort zu finden.

2.1 Eine strukturpolitische Zuspitzung: Netzwerk (Cluster)

Aus der überregionalen Diskussion lässt sich ableiten, dass zunehmend spezialisierte netzwerkbildende Ballungen (Cluster) zu überregionaler Marktakzeptanz führen. Isolierte Teilprojekte haben es schwer, auch angesichts der besonderen Aktivitäten anderer Großstädte, überregional Aufmerksamkeit zu finden.

In einer aktuellen Untersuchung von McKinsey³ wird deutlich gemacht, dass Cluster/Netzwerke im europäischen Maßstab entstanden sind. Nur mit solchen Funktionsballungen/Netzwerken/Clustern ist heute der Standortwettbewerb zu bestehen. Cluster müssen folgende Bestandteile aufweisen:

- Spezielle Ausprägung zukunftsfähiger Themen („Klasse“)
- „Masse“/Ballung
- Funktionsmischung
- Städtebauliche Dominanten
- Einheitliche Organisation

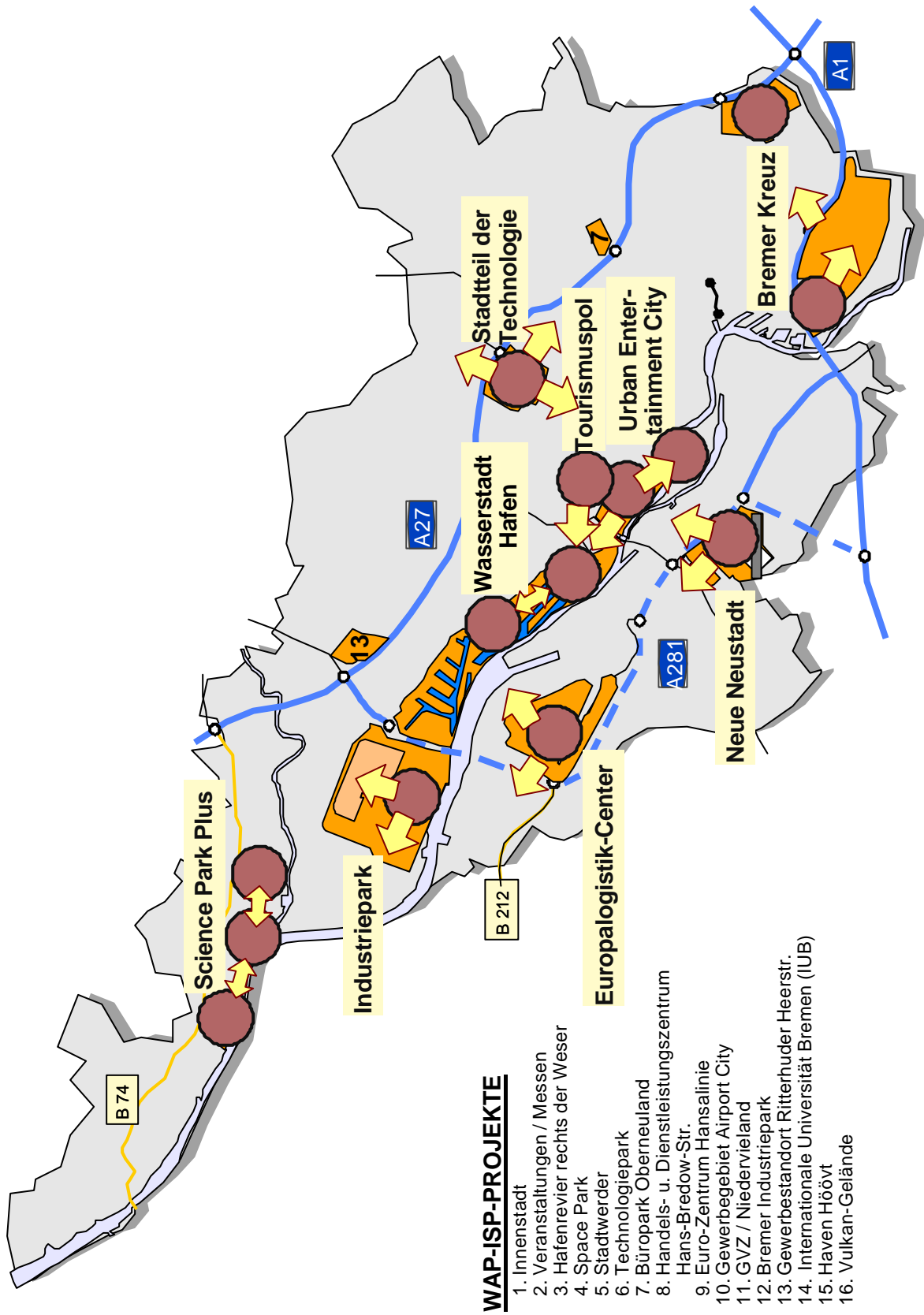
Ansatzpunkte solcher Cluster sind in Bremen und Bremerhaven erkennbar, etwa im Technologiepark, bei Airport-City, im Güterverkehrszentrum und im Fischereihafen Bremerhaven.

In Bremen und Bremerhaven müssen nun alle in der Entwicklung befindlichen Einzelprojekte daraufhin überprüft werden, ob sie zu einem überregionalen beachtenswerten Cluster weiterentwickelt werden können.

² Vergleiche BAW-Monatsbericht 6/1999: Wirtschaftspolitik im Bremer Koalitionsvertrag 1999/2003.

³ Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 48 / 23.11.2000, Seite 219 f.

Abb. 1: Cluster in Bremen



Wenn man zu überregional bedeutsamen Netzwerken kommen will, sind zunächst traditionelle inhaltliche Grenzen zu überschreiten. So ist beispielsweise eine getrennte Betrachtungsweise von Gewerbe und Dienstleistungen oder von Handwerk und Industrie immer weniger sinnvoll. Es geht zukünftig nicht um statistisch erfassbare Sektoren, sondern um inhaltliche Zusammenhänge mit überregional attraktiven Schwerpunkten. Eine solche Konzeption kann nur in einem länger andauernden Prozess sinnvoll gestaltet werden. Die hier vorgeschlagenen Cluster müssen hinsichtlich der Kriterien, der Tragfähigkeit und insbesondere auf ihre überregionale Marktfähigkeit jeweils vertieft untersucht werden. Das BAW sieht hier einen Schwerpunkt zukünftiger wirtschaftsstrukturpolitischer Arbeiten.

2.2 Cluster-Bildung in Bremen und Bremerhaven

Unter den dargestellten Rahmenbedingungen und Voraussetzungen wird, orientiert an früheren Vorschlägen des Integrierten Flächenprogramms, der Innenstadtprogramme, des WAP, des ISP usw., für **Bremen-Stadt** folgende Cluster-Struktur angedacht:

- Stadtteil der Technologie
- Wasserstadt Hafen
- Neue Neustadt
- Europalogistik-Center
- Urban Entertainment City
- Tourismus-Pol
- Science Park Plus
- Industriepark
- Bremer Kreuz

Die einzelnen Cluster können stichwortartig wie folgt umschrieben werden:

a) Stadtteil der Technologie

Er geht von dem existenten Technologiepark aus und wird zu einem europaweit beachteten Stadtteil neuer Technologien ausgebaut. Ein solcher Stadtteil braucht Quantität und Qualität, etwa

- neue FuE-Schwerpunkte, z.B. Information und Kommunikation, Life Science,
- Quartiersbildung (z.B. Wirtschaftswissenschaften, Bremer Forum),
- Raum für große gewerbliche Ansiedlungen,
- Infrastruktur, Aufenthaltsqualität,
- besondere Wohnformen,

- Verbindung zum zukünftig noch deutlich erweiterbaren ZMEC (Zentrum für Multimedia und e-Commerce) bis hin zum Büropark Oberneuland.

b) Wasserstadt Hafen

Zu integrieren ist die Gesamtfläche von AG Weser/Space Park bis zur Stephanibrücke. Denkbare Strategie-Elemente sind:

- Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze,
- Integration bedeutsamer Entertainment-Angebote (Space Park und Umfeld, Getreideumschlagsanlage als Centre Kultur, Umnutzung Speicher 11),
- Moderner Großmarkt/Frischezentrum,
- Nutzung der Wasserkanten für hochwertige Dienstleistungsprojekte,
- Städtebauliche Aufwertung (architektonisch hochrangige neue Bauwerke, Grün).

c) Neue Neustadt

Der Flughafen und sein Umfeld sowie die Öffnung des DASA-Geländes haben eine enorme Umstrukturierung einer schwierigen Traditionsfläche in relativ kurzer Zeit mit sich gebracht. Mit der Verlagerung des Großmarktes bestehen weitere Expansionsmöglichkeiten. Und es kann weitergehen:

- Einbeziehung weiterer Flächen bis zur Neuenlander Straße,
- Aufarbeitung der teils problematischen Flächen in der übrigen Neustadt,
- Herausbildung eines neben Flughafen zweiten Pols mit der weiterzuentwickelnden Hochschule Bremen.

d) Europa-Logistic-Center

Das GVZ hat schon heute Cluster-Charakter und dementsprechende überregionale Bedeutung. Daran anknüpfend sind anzustreben:

- weitere Flächenentwicklung Richtung Neustädter Hafen,
- Ausbau des Lebensmittelschwerpunktes,
- Optionen von nutzbaren Flächen im Zuge der Autobahnerschließung/Weser-Tunnel.

e) Urban Entertainment City

Innenstadt muss verstanden werden als Gleichklang von Handel, Kultur, Events, Standort privater und öffentlicher Dienstleistungen, Tourismus. Nur in dieser Mischung kann eine City zukünftig der Grünen Wiese Paroli bieten. Das bedeutet für Bremen u.a.:

- Ausbau des Passagensystems,
- noch mehr Fußläufigkeit,
- attraktive Nutzung von schwach genutzten Gebäuden (z.B. Postämter),
- Ausprägung zusätzlicher hochwertiger Lagen,
- Verbindungsplanung zum neuen Projekt Stadtwerder,
- noch engere Verbindung zur Weser,
- Verbesserung der Erreichbarkeit.

f) **Tourismus-Pol**

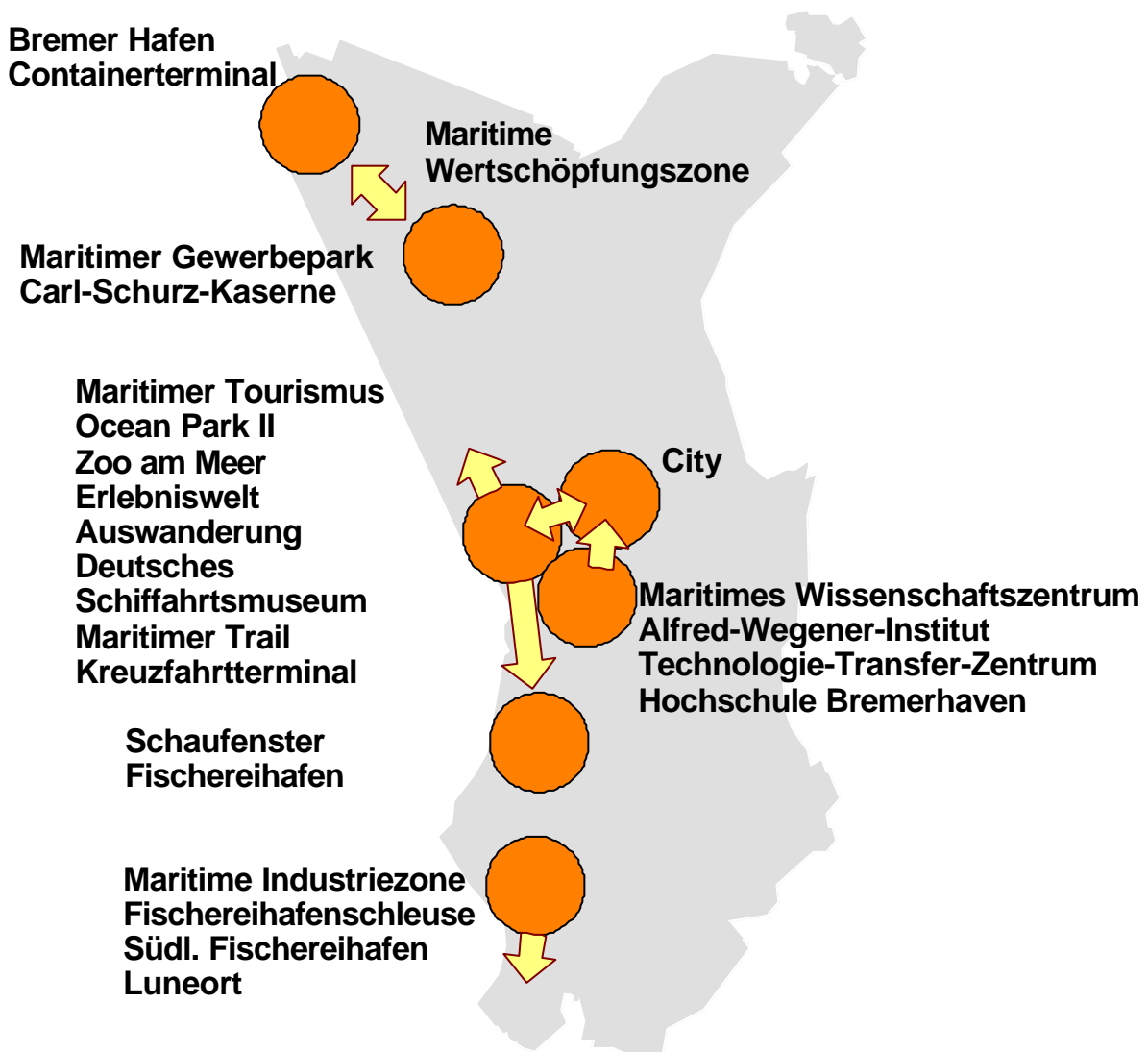
Kernbereich des Ausflugstourismus ist die Innenstadt, Zentrum des Geschäftstourismus ist die Bürgerweide mit Messe- und Kongresszentrum. Es besteht eine enge Verbindung zu Massen-Events. Die Bürgerweide reicht für die Nutzungsvielfalt nicht aus,

also:

- wettbewerbsgerechter Ausbau der Stadthalle, Ausbau der Messekapazitäten,
- Einbeziehung des Güterbahnhofsgebietes, Verbindung zur Wasserstadt Hafen,
- Heranziehung des Bürgerparks an den Nordausgang Hauptbahnhof,
- neuer Veranstaltungsplatz mit besseren Rahmenbedingungen als bisher.

Aus dem Tourismus-Pol muss das städtische Tourismus-Netzwerk betreut werden (Universum, Rhododendronpark, Weser-Stadion/Weiterentwicklung zur Mehrzweckeinrichtung, Galopprennbahn mit Zusatznutzungen, Musicaltheater, Space-Park, Haven Höövät usw.).

Abb. 2: Cluster in Bremerhaven



g) Science Park Plus

Mit der IUB entsteht eine überregional besonders wertvolle Einrichtung, die einerseits direkt im Umfeld einen international bedeutsamen Science Park, der auch international orientierte Neuansiedlungen beinhaltet, induzieren, andererseits aber auch die weitere Region äußerst positiv beeinflussen kann, also:

- Gestaltungszusammenhang zu Haven Höövdt und zur City Vegesack,
- weitere Aufwertung des Vulkan-Geländes für höherwertige gewerbliche Ansiedlungen,
- Einbeziehung Bahnhof/Umfeld Vegesack,
- städtebauliche Gesamtplanung.

h) Industriepark und Bremer Kreuz

Beide Gebiete stellen wertvolle Ansiedlungsflächen für Bremen dar, bedürfen aber weiterer inhaltlicher Profilierung, um die gewünschte überregionale Relevanz im Sinne der hier vorgestellten Cluster-Idee zu entwickeln.

In **Bremerhaven**, seinem maritimen Leitbild besonders verpflichtet, drängt sich die Cluster-Bildung förmlich auf:

- Im Norden müssen Hafenfunktionen, Gewerbe und Folgedienstleistungen möglichst eng verknüpft werden. Die modernen Hafeninfrastrukturen müssen mit der Projektidee des Maritimen Gewerbeparks auf dem Carl-Schurz-Gelände zu einem Cluster „Maritime Wertschöpfungszone“ eng verknüpft werden.
- In der Mitte müssen die Projektideen des Maritimen Tourismus (Ocean Park, Zoo am Meer, Thema Auswanderung/Amerika, Maritimer Trail, Kreuzfahrtterminal) mit den Wissenschaftsaktivitäten (Alfred-Wegener-Institut, Deutsches Schifffahrtsmuseum, Technologie-Transferzentrum, Hochschule Bremerhaven) und mit der City-Entwicklung sowie dem Schaufenster Fischereihafen verbunden werden. Die City selbst kann zusätzliche Kunden nur durch Zusatzangebote erhalten. Dazu sind erforderlich fortlaufende Aufwertung, Standortentwicklung für private und öffentliche Dienstleistungen (z.B. Johann-Smidt-Haus) und attraktiver Tourismus. Handel und Tourismus hängen in der Neuen Mitte Bremerhavens untrennbar zusammen und bedürfen der Gestaltung aus einer Hand incl. der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen (z.B. einheitliche Öffnungszeiten).

- Im Süden kann die Maritime Industriezone durch die Erschließung von Luneort komplettiert werden. Zusammen mit dem südlichen Fischereihafen existiert hiermit ein industriell-gewerbliches Areal, das mit seinen maritimen Bezügen überregional gute Marktchancen aufweist.

Diese Überlegungen sind zur Diskussion freigegeben. Fehlendes kann hinzugefügt (z.B. ein leistungsfähiges Verkehrssystem, das auch die überregionalen Anbindungen einbezieht), Überschüssiges gestrichen werden. Andere Cluster können gebildet werden.

Es geht letztlich um eine qualitätsorientierte Diskussion zur Fortentwicklung der Investitionspolitik im Sinne der Sanierung. Das bedeutet die Bemühung um noch mehr überregionale Akzeptanz für die Investitionsstandorte Bremen und Bremerhaven. Da soll das Denken in Netzwerken und Clustern einen methodischen Beitrag zu noch höheren Projektqualität leisten.

3 Weiterentwicklung der Organisation der Wirtschaftsförderung und des Veranstaltungswesens in Bremen

Qualitätsorientierte Strukturpolitik schließt die fortlaufende Weiterentwicklung der Organisation der Wirtschafts- und Veranstaltungsförderung ein. Stillstand ist auch hier Rückschritt.

McKinsey hat in einer umfangreichen Organisationsuntersuchung 1998 vorgeschlagen, den Bereich der Wirtschaftsförderung effektiver zu organisieren. Dazu ist das Instrument der Beileihung entwickelt und von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen worden, so dass die Antragstellung wie der Zuwendungsbescheid - also von A bis Z - kundenfreundlich aus einer Hand bearbeitet werden können.

McKinsey hat darüber hinaus an internationalen Beispielen dargestellt, dass Wirtschaftsförderungseinrichtungen auch mit gesellschaftsrechtlicher Privatbeteiligung ausgestattet werden können. Dem ist Bremen bisher nicht gefolgt. Die Einrichtung der BIG und der HVG mit ihren operativen Töchtern führt zwar zu mehr Marktnähe, ist aber keine Privatisierung. Alle Gesellschaften sind weiterhin zu 100 % in Staatseigentum.

Diese Konstruktion hat zwei Nachteile:

- Die Möglichkeit, über Privatbeteiligungen (etwa bei der Bank oder dem Veranstaltungswesen) überregionale Markterschließung zu betreiben, kann nicht ausgeschöpft werden.
- Die unverändert starke öffentliche Einbindung hat den Wunsch der Politik zur Folge, die Einzel-

Herausgeber:

*BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH
Wilhelm-Herbst-Str. 5
28359 Bremen*

eMail: baw @ uni-bremen.de

Internet: <http://www.baw.uni-bremen.de>

Vertrieb: (0421)20699-30, Fax: (0421)20699-99

Druck: Plenge-Druck, Bremen

aktivitäten der Gesellschaften weitest möglich zu kontrollieren. Dies muss zu Komplikationen bei der Betreuung der privaten Kunden führen. Der Kunde muss bei den Sanierungsanstrengungen des Landes aber im Mittelpunkt stehen. Politik sollte sich auf Richtlinien und Finanzmittelbereitstellung konzentrieren, nicht aber den einzelnen operativen Vorgang fortlaufend begleiten.

In Deutschland finden sich andere Städte mit vergleichbaren Strukturen wie Bremen/Bremerhaven, die die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft bei Wirtschaftsförderungs-Aktivitäten gesellschaftsrechtlich verbinden. So sind in Duisburg und Essen sowohl Unternehmen als auch Industrie- und Handelskammer sowie andere privatwirtschaftliche Einrichtungen an der Wirtschaftsförderung der Städte beteiligt. Die Logik, dass Wirtschaftsförderung nur aus dem Zusammenspiel öffentlicher Aktivitäten und privater Investitionen sinnvoll gestaltet werden kann, hat sich hier auch institutionell niedergeschlagen. Beispiel: Jede öffentlich erschlossene Gewerbefläche muss von privaten Investitionen gefüllt werden, warum soll die Betreuung dieses Vorgangs durch die Wirtschaftsförderung nicht als Public Private Partnership (PPP) betrieben werden? Auch das ange-dachte Cluster-System kann als PPP dezentral betrie-

ben werden. Ein gewisser interner Cluster-Wettbewerb kann nicht schaden, ganz im Gegenteil.

Für das Land Bremen kommen im Bereich der Wirtschafts- und Veranstaltungsförderung die BIG mit ihren Töchtern WfG, BIA, BAB sowie die BIS in Bremerhaven und die in Entwicklung befindliche Port Authority, im Veranstaltungswesen die HVG und ihre Töchter Messe, Stadthalle, Glocke sowie die Bremer Sport und Freizeit für Privatbeteiligungen in Frage.

Im Übrigen: In den Aufsichtsgremien eines solchen PPP können sowohl die Vertreter der Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Hand hochrangig, letztere sowohl exekutiv wie legislativ, vertreten sein. Der Aufsichtsrat beschäftigt sich dementsprechend mit Rahmenrichtlinien, Rahmenkonzepten und Finanzmittelbereitstellung, Aufgaben, die den Kontroll-Notwendigkeiten der öffentlichen Seite entsprechen.

Eine solche kooperative Lösung entspricht auch dem Gedanken der Bremer Erklärung von 1992, in der sich die öffentliche Hand und die Privaten darauf verständigt haben, den Sanierungsprozess gemeinsam zu begleiten. Dementsprechend bietet sich eine Organisation der Wirtschaftsförderung und des Veranstaltungswesens als PPP auch im Sinne der Sanierung des Landes Bremen an.

Die neue Regionalwirtschaftliche Studie Nr. 18 des BAW

Matthias Schönert

**Das personelle Innovationspotenzial - Empirische Ergebnisse zur
Entwicklung regionaler Disparitäten in der Bundesrepublik Deutschland**

ist erschienen. Die Veröffentlichung kann bei uns zum Preis von 40,-- DM (inkl. MwSt.) zuzüglich 2,50 DM Versandkosten oder über den Buchhandel bezogen werden.